

DER KOMMUNEN-PODCAST

Zukunftsthemen für kommunale Gestalter:innen

kommune360.de/kommunenpodcast

Staffel 1 | Blickpunkt Kinder- und Jugendbeteiligung

Folge 9 | 02.08.2022

Im Gespräch mit Ekin Deligöz



DER KOMMUNEN-PODCAST ist ein Podcast von Kommune 360°, einer Initiative von PHINEO, der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung und der Auridis Stiftung. Die erste Staffel entsteht in Zusammenarbeit mit dem Programm "Jugend entscheidet" der gemeinnützigen Hertie Stiftung und wird zusätzlich gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Der Kommunen-Podcast – Zukunftsthemen für kommunale Gestalter:innen.

Ekin Deligöz: Kinder zu befragen, bereichert auch Entscheidungen und ganz im Gegenteil: Sie führen auch dazu, dass bessere Entscheidungen getroffen werden können. Das ist ein Teil der Demokratie und dazu gehört auch, das Recht auf Gehör.

Julia Nast: Müssen wir Erwachsenen dazu auch etwas verändern?

Ekin Deligöz: Absolut! Wir müssen manchmal zugeben, dass wir erstens: nicht alles wissen, zweitens: nicht das Leben unserer Kinder führen und dass unsere Kinder nicht das Leben führen, was wir mal als Kinder geführt haben.

Ekin Deligöz: Wo wir das hinkriegen können – und das ist auch das Ziel der Bundesregierung – ist zumindest mal Wahlalter 16 für die nächsten Europawahlen hinzubekommen.

Ekin Deligöz: Ich wünsche mir mehr Kommunalvertreter:innen, gerade in der Politik, die regelmäßig Sprechstunden für Kinder und Jugendliche anbieten.

Annegret Richter: Herzlich willkommen zu einer neuen Folge von Der Kommunenpodcast - Zukunftsthemen für kommunale Gestalter:innen. Mein Name ist Annegret Richter und ich freue mich sehr, dass Sie beim Staffelfinale dabei sind. Denn mit dieser neunten Episode schließen wir die erste Staffel zum Schwerpunkt Kommunale Kinder- und Jugendbeteiligung ab. Dazu haben wir zu Gast Ekin Deligöz, parlamentarische Staatssekretärin im Bundesfamilienministerium. In den bisherigen Folgen

haben wir mit Menschen aus der kommunalen Praxis, mit Expert:innen und mit Kindern und Jugendlichen selbst gesprochen. Dabei ging es um die verschiedensten Fragen. Welchen Mehrwert hat Beteiligung für die Kinder und Jugendlichen selbst, welchen für die Kommunen? Was ist Scheinbeteiligung? Wie können Zugangsbarrieren für Kinder und Jugendlichen aus weniger privilegierten Familien abgebaut werden? Was muss sich bei den Erwachsenen in den Kommunalverwaltungen und aus der Kommunalpolitik ändern? Und sollte das Wahlalter vielleicht sogar auf 14 oder 0 Jahre abgesenkt werden? In dieser Folge, dem Finale dieser Staffel, greifen wir ausgewählte Fragen und Meinungen bisheriger Gäste nochmals auf und besprechen sie mit Ekin Deligöz aus ihrer Perspektive als Bundespolitikerin und großen Fürsprecherin für gelingendes Aufwachsen und Chancengerechtigkeit. Welche dicken Bretter aus ihrer Sicht noch gebohrt werden müssen, das hören Sie jetzt. Im Gespräch mit Ekin Deligöz, Julia Nast und Nittaya Fuchs aus dem Team Kommune 360 Grad. #00:02:40#

Nittaya Fuchs: Hallo und herzlich willkommen zum Kommunenpodcast. Ich bin Nittaya Fuchs und neben mir sitzt Julia Nast.

Julia Nast: Hallo!

Nittaya Fuchs: Wir freuen uns heute, den Kommunenpodcast mal ganz direkt mitgestalten zu können. Wir sind Teil des Teams der Initiative Kommune 360 Grad, die Initiative, die hinter diesem Podcast steht. Und normalerweise versteckt sich das Team ein bisschen hinter den Kulissen, aber heute freuen wir uns einmal, direkt am Mikrofon sitzen zu können. Für alle, die die Initiative noch nicht kennen, Julia, magst du vielleicht noch mal

drei Sätze zur Orientierung geben? Was ist die Initiative?
 #00:03:20#

Julia Nast: Sehr gerne. Im Rahmen der Initiative beschäftigen wir uns zusammen mit einem Netzwerk von anderen engagierten Organisationen und Kommunen mit der Frage, wie man eigentlich Kommunalverwaltung und Kommunalpolitik verändern muss oder neudenken muss, damit man gelingendes Aufwachsen und mehr Chancengerechtigkeit für alle Kinder ermöglichen kann. Das machen wir mit Blick auf alle relevanten Stakeholder und auch in Kooperation mit der Landes- und der Bundesebene. Dahinter steht für uns immer auch ein bisschen die Frage, was es eigentlich bedeutet für staatliches Handeln vor Ort. Also: Wie muss das zukünftig vielleicht auch aussehen? Und um an diesen Fragen zu arbeiten, haben wir ungefähr vor drei Jahren die Initiative Kommune 360 Grad ins Leben gerufen. Wir, das ist in dem Fall die gemeinnützige PHINEO AG, die Deutsche Kinder- und Jugendstiftung und die Auridis Stiftung. Und heute sind wir ein achtzehnköpfiges Team, das organisationsübergreifend an diesen Fragen arbeitet. Und Nittaya und ich sind fast von Anfang an Teil der Initiative. #00:04:23#

Nittaya Fuchs: Genau. Heute sind wir zu Gast im Bundesfamilienministerium und freuen uns mit Ekin Deligöz sprechen zu können, die auch hier mit am Tisch sitzt. Hallo und herzlich willkommen. #00:04:43#

Ekin Deligöz: Hallo und herzlich willkommen von uns hier in diesem Haus. #00:04:46#

Nittaya Fuchs: Danke schön, dass wir heute bei Ihnen sein können. Frau Deligöz, Sie sind schon sehr lange in der Politik. Sie sind bei Bündnis 90/Die Grünen und haben schon ziemlich viele verschiedene Ämter und Rollen besetzt. Aktuell gehört vor allem dazu, dass Sie Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neu-Ulm in Bayern sind. Sie sind schon seit 2020 wieder kinder- und jugendpolitische Sprecherin der Fraktion. Sie sind vor allem hier im Haus die parlamentarische Staatssekretärin. Und in dem Rahmen auch seit diesem Jahr die Koordinatorin des nationalen Aktionsplans Neue Chancen für Kinder in Deutschland, der auf den Weg gebracht wurde. Wir haben aber gesehen, dass Sie sich nicht nur in der Politik für Kinder und Jugendliche engagieren, sondern vor allem auch noch außerhalb der Politik ganz viele andere Rollen und Ämter besetzen. Unter anderem sind Sie Vizepräsidentin und Vorstandsmitglied des Deutschen Kinderschutzbundes. Und Sie sind auch Mitglied des Komitees bei Unicef. Das ist schon ziemlich beeindruckend, was Sie

alles an Expertise mitbringen und wie viele Perspektiven Sie heute mit in diesen Raum bringen. Wir freuen uns deswegen ganz besonders, mit Ihnen heute die Rolle von Beteiligung von Kindern und Jugendlichen im Staat und in der Gesellschaft diskutieren zu können. Um zu schauen, welche Rolle Beteiligung für die Lösung der großen Fragen in unserer Gesellschaft spielen kann. Danke, dass Sie sich dafür heute die Zeit nehmen, mit uns zu sprechen. #00:05:55

Ekin Deligöz: Sehr gerne. #00:05:56#

Nittaya Fuchs: Wir würden zu Beginn einfach ein bisschen persönlich starten, was so Ihre Erfahrungen mit Beteiligung sind. Vielleicht können Sie aus dem Nähkästchen plaudern, was, wenn Sie an Ihre eigene Vergangenheit, Biografie denken, Ihre ersten Erfahrungen mit Beteiligung waren und was Sie heute noch damit verbinden. #00:06:16#

Ekin Deligöz: Tatsächlich geht es sehr weit zurück in meine Kindheit. Ich will gar nicht sagen Jugend, sondern tatsächlich Kindheit. Ich bin aufgewachsen in Senden bei Neu-Ulm. Das ist eine Stadt mit 20.000 Einwohner:innen. In einem Hochhausviertel, wo sehr, sehr viele Kinder waren. Das war der Vorteil. Ich hatte immer wahnsinnig viele Kinder auf dem Spielplatz, draußen auf der Straße, im Wohnblock. Denen ich auch zu verdanken habe, dass ich Deutsch gelernt habe auf der Straße, im wahren Sinne des Wortes. Eine meiner ersten Initiativen war eine geführte Ungerechtigkeit. Zwischen diesen Hochhäusern gab es riesengroße grüne Flächen mit tollem Rasen, die geradezu danach schrien: „Spiel auf mir, hüpf und tanz, picknicke und spiele Ball.“ Oder was auch immer. Da standen mindestens genauso große Schilder drauf: „Betreten verboten.“ Ich fand, das war unheimlich unfair. Wir hatten schon relativ wenig Platz, die Wohnungen in den Hochhäusern sind nicht besonders groß, in den Treppenhäusern darf man in der Regel nicht spielen, der Keller ist nicht so attraktiv. Das wahnsinnig kleine, umzäunte Spielplätzchen war für die vielen Kinder, die dort gelebt haben, viel zu klein und auch ein bisschen schäbig. Das hat keinen Spaß gemacht. Ich weiß, wie dort irgendwann eine Wippe installiert wurde. Plötzlich waren 50 Kinder auf dieser Wippe und die Wippe hat es nicht ausgehalten. Damit war das schon hinüber. Also habe ich mit ein paar Freundinnen zusammen eine Initiative gestartet: Das Recht auf Spiel auf diesen grünen Flächen. Wir liefen zum Hausmeister, der wichtigste Mann im Staat, der sagte, das könne er nicht erlauben, es sei denn, die Mehrheit der Bewohner wäre dafür. Also haben wir unsere

karierten Blöcke genommen, sind von Tür zu Tür gelaufen und haben Unterschriften gesammelt von allen, die da waren. Für unser Recht auf Spiel. Wir haben denen auch beschrieben, was für Picknick wir machen wollen und mit welchen Bällen wir spielen wollen. Und dass es für sie auch viel günstiger ist, wenn wir auf dem Rasen spielen, anstatt auf dem Parkplatz. Das schützt auch ihre Autos. Und das war auch die größte Enttäuschung meines Lebens. Manche haben unterschrieben, alle unsere Eltern, die waren ja quasi dazu gezwungen, die wollten keine schlechtgelaunten Kinder zu Hause haben. Aber viele Leute haben auch einfach nur die Tür zugeknallt, wollten nichts davon wissen oder sagten: „Nein, interessiert mich nicht. Was wollt ihr von mir? Schon wieder Kinder vor der Tür. Ihr seid so laut und brüllt und schreit. Der Rasen soll lieber grün sein, anstatt dass da komische Kinder drauf sind.“ Man lernt Frust durch Spiel, man lernt aber auch Frust, wenn man sich für das Recht auf Spiel einsetzt. Irgendwann hatten wir mal unserer Meinung nach ziemlich viele Unterschriften. Das waren fünf ganze Seiten Unterschriften. Wir sind damit zum Hausmeister, der meinte: „Kinder, das habt ihr toll gemacht. Aber ihr müsst damit zur Hausverwaltung.“ Da sind wir dann hin, die sagten, dass wir zu den Eigentümern mussten, also sind wir dahin. Das hat auch extrem viel Mut eingefordert von uns, das alles zu machen. Wir hatten das dann alles, alle fanden es superschön, wie wir uns engagiert haben. Aber am Ende haben wir dann doch kein Recht auf Spiel gekriegt, weil unterhalb dieser Rasenflächen die Tiefgaragen waren. Man wollte nicht, dass irgendwo die Decke auf diese Autos rieselt. Also durften wir nicht spielen. Wir haben dann weiterhin auf den Parkplätzen gespielt. Das war auch nicht gut für die Autos. Wir durften es auch eigentlich nicht, haben es aber trotzdem irgendwie gemacht. Letztlich, was hat es mir beigebracht? Engagieren lohnt sich eigentlich eher nicht. Außer dass es wirklich Spaß macht, mit Freunden zusammen sich für etwas einzusetzen. Und wir Kinder müssen drin bleiben, damit Autos draußen stehen können. #00:10:23#

Nittaya Fuchs: Was hätten Sie sich damals anders gewünscht? #00:10:28#

Ekin Deligöz: Erstens hätte ich mir gewünscht, dass ich mich als Kind gar nicht so stark dafür machen müsste, ein Recht auf Spiel zu haben. Sondern dass es selbstverständlich ist, dass Kinder auch auf Grünflächen spielen dürfen, dass es selbstverständlich ist, dass sie Raum in der Stadt haben, Raum in den Straßen haben. Das ist auch ihr öffentlicher Raum und nicht nur für manche und für andere nicht. Und wenn sie sich für eine Sache

engagieren, dass es auch Gehör findet. Dass wir vielleicht einen Kompromiss hätten eingehen können, zu sagen: „Den Teil des Spielplatzes bitte nicht, wegen der Tiefgaragen. Aber da haben wir Flächen, wo nichts drunter ist, da dürft ihr.“ So ein bisschen mehr Kommunikation, ernstnehmen, Gehör finden, ein kleines bisschen Erfolg haben, das wäre für uns schon großartig gewesen. Am Ende war es halt einfach das Recht des Stärkeren. In dem Fall waren es trotzdem die Kinder, sie haben sich ihren Raum erobert, auch wenn es verboten war. Aber es blieb immer ein bisschen: „Du bist verboten.“ #00:11:31#

Julia Nast: Das schließt gut an unsere nächste Frage an. Wir haben Ihnen da zwei Statements von zwei Jugendlichen aus Folge zwei mitgebracht, nämlich Janne von Bentem und Nour Idelbi. Die sind in Münster und die kämpfen da gerade in einem kommunalen Jugendrat dafür, dass sie im Stadtrat Rederecht bekommen. Hier antworten die zwei auf die Frage, wie sie die Zusammenarbeit mit dem Stadtrat aktuell erleben. #00:11:51#

Janne van Bentem: *Beispiel Rederecht. Da hat der letzte Jugendrat 2019 einen Antrag eingebracht zum Rederecht, der wurde in den Ältestenrat verlegt. Und der hat das dann über zwei Jahre vor sich hergeschoben. Wo es dann erst mal ein paar persönliche Gespräche gebraucht hat, bis das Ganze wieder aufgenommen wurde. Natürlich gehört es auch im Rat zum parlamentarischen und respektvollen Umgang, dass man ernstgenommen wird. Allerdings haben wir als Jugendliche schon manchmal das Gefühl, dass wir ein bisschen verarscht werden, da wir eine Vertretung im Rat haben, die aber nichts sagen darf.* #00:12:29#

Nour Idelbi: *Eben wir uns als Repräsentanten der Jugendlichen Münsters sehen, ist es unser Ziel, dass wir ein Rederecht im Rat bekommen. Wir werden uns, was das angeht, auch anstrengen.* #00:12:39#

Janne van Bentem: *Allerdings erleben wir auch immer wieder, dass Parteien auf uns zukommen, mit uns Gespräche führen, mit uns in Diskussionen treten. Und wir am Ende mit einem sehr guten Meinungsaustausch aus dem Gespräch rausgehen.* #00:12:53#

Nour Idelbi: *Das ist ehrlich gesagt auch das Einzige, was wir zurzeit machen können. Der einzige Einfluss, den wir haben.* #00:12:59#

Julia Nast: Was uns an der Sequenz aufgefallen ist, da sind Jugendliche, die schon unheimlich engagiert sind,

die kämpfen richtig für ihre Stimme. Und das ist auf der einen Seite großartig, so wie sie es beschrieben haben, der Impuls, etwas gestalten zu wollen. Und gleichzeitig haben wir uns gefragt, ob es nicht auch ein Problem ist, wenn es so viel Anstrengung braucht, um gehört zu werden. Gibt es da auch ein Risiko, dass Kinder und Jugendliche auf der Strecke bleiben, wenn man sich so stark einsetzen muss, um die Tür aufzubekommen? Vielleicht mögen Sie mit uns teilen, was Sie über Beteiligungsbarrieren an der Stelle denken. #00:13:41#

Ekin Deligöz: Zunächst einmal sind es junge Menschen, die sich für ihre eigenen Rechte einsetzen. Und für die Rechte ihrer Gleichaltrigen und für die Vertretung ihrer Interessen. Das ist eine gute Sache. Dass das nicht so ganz einfach ist in einer Demokratie oder einer Gesellschaft, das zu lernen, das ist auch eine gute Sache. Weil mein Interesse auch das Interesse der anderen ist. Die Rechte der Kinder sind auch die Rechte der Senior:innen. Und die Rechte von jungen Menschen sind auch die Rechte der Bewohner vor Ort. Für alles gibt es Argumente, pro und contra, dafür und dagegen. Wie setze ich mich durch, wie gewinne ich Mehrheiten, wie kann ich mich überzeugen, wie kann ich diskutieren, auch mal schwierige Diskussionen führen? Das bringt Kinder und Jugendliche voran, das ist per se nicht negativ. Negativ ist, wenn sie erst gar keine Chance dazu kriegen, ihre Meinung zu äußern. Deshalb ist Rederecht eigentlich das mindeste. Zumindest mal Gehör zu finden. Mit beteiligt zu werden, zu sagen: „Wie seht ihr das, wie ist das aus eurem Blickwinkel zu bewerten? Oder was seht ihr, was wir vielleicht gar nicht sehen?“ Das ist, finde ich, das mindeste. Noch schöner wäre es natürlich, wenn sie so etwas wie ein Antragsrecht hätten. Jetzt weiß ich nicht, ob ihre Kommunalverfassung und Kommunalversammlung das zulässt. Das könnte auch über die Parteien laufen. Das könnte auch über Beteiligungsformate der Parteien laufen, was es ja durchaus gibt. Oder eben so ein Kinder- und Jugendrat ist dafür eine Möglichkeit. Das unterstützen wir hier in diesem Ministerium auch. Wir haben sowohl im KJP als auch in anderen Bereichen zahlreiche Projekte, wo wir Beteiligungsformate auf der kommunalen Ebene unterstützen. Sowohl ideell als zum Teil auch finanziell. Aber vor allem in der ideellen Unterstützung geht es darum, Sensibilität dafür zu schaffen. Und zu sagen: „Schau dir mal den Blickwinkel von Kindern und Jugendlichen an.“ Das verändert übrigens eine Bauplanung. Ich gebe Ihnen mal ein Beispiel: Wie kommt ein Kind in die Schule? Muss es immer das Mama-Papa-Taxi sein oder geht das auch mit dem Fahrrad oder zu Fuß? Was ist der kürzeste Weg, der aber zeitgleich sicher?

Schulwegesicherungsplan. Ich kann das auf dem Tisch machen und mir überlegen, wie ein Kind läuft. Ich kann aber auch Kinder und Jugendliche einbeziehen, um zu sagen: „Welchen Weg läufst du eigentlich?“ Das Spannende für die Kommunen, die das machen, ist, dass die feststellen, dass die Kinder ganz andere Wege laufen, als die, die man glauben würde, dass sie sie laufen würden. Weil sie doch wieder eine Abkürzung kennen oder weil der Fahrradweg plötzlich im Nirgendwo endet. Oder weil an einer Stelle eine Straße überquert wird, die gar nicht so einfach zu überqueren ist. Aber das ist nun mal die kürzeste Strecke. Da hilft es nicht zu sagen: „In 300 Meter gäbe es eine Ampel.“ Kinder zu befragen, bereichert auch Entscheidungen. Ganz im Gegenteil, sie führt auch dazu, dass bessere Entscheidungen getroffen werden können. Das ist ein Teil der Demokratie. Dazu gehört auch das Recht auf Gehör. Und das mindeste ist das Rederecht. #00:16:39#

Julia Nast: Müssen wir Erwachsenen dazu auch was verändern? #00:16:41#

B1: Absolut. Wir müssen manchmal zugeben, dass wir erstens nicht alles wissen. Zweitens nicht das Leben unserer Kinder führen. Und dass unsere Kinder nicht das Leben führen, was wir mal als Kinder geführt haben. Kinder und Jugendliche heute haben ganz andere Fragen, Themen und Konfrontationen, Herausforderungen in ihrer Welt, als wir das in unserer Kindheit hatten. Ich bin mir nicht sicher, ob meine Kinder so wahnsinnig fürs Fußballspielen auf der grünen Fläche kämpfen würden. Sie würden aber definitiv für schnelles WLAN zu Hause plädieren. Und andere Formen der Mobilität, als ich es womöglich gemacht habe. Wobei das Fahrradfahren doch ein bisschen das Kontinuierliche an dem Ganzen ist. Das ist die erste selbstständige Mobilität. In der Großstadt ist es übrigens die Bahnkarte für S- und U-Bahn. In einer Kleinstadt ist es immer noch das Fahrrad oder zu Fuß. Manchmal eben auch Elterntaxi, weil es nicht anders geht. Zum Beispiel zum Turn- oder zum Musikverein. Aber das Leben verändert sich. Dazu gehört es auch, dass wir als Erwachsene manchmal zugestehen müssen, dass wir nicht alles wissen, nicht alles können, und schon gar nicht viel besser. #00:17:51#

Nittaya Fuchs: Das setzt ja auch voraus, dass wir Kinder und Jugendliche tatsächlich als kompetente Akteure, vielleicht sogar Partner:innen in unserer Gesellschaft anerkennen. Ganz anders sehen die Debatten aber in der Realität aus. Wenn wir über Beteiligung von Kindern und Jugendlichen sprechen, dann hören wir oft das

Argument, dass es eine gewisse Mündigkeit voraussetzt, damit Kinder überhaupt ihr Recht auf Beteiligung wahrnehmen können. Wir haben hierzu noch mal zwei Ausschnitte unserer Gesprächspartner:innen aus den Folgen vier und sechs, nämlich der Professorin Kathrin Aghamiri und dem Herrn Professor Benedikt Sturzenhecker, die wir uns dazu einmal anhören möchten. #00:18:29#

Kathrin Aghamiri: *Es ist ja überhaupt so das generell Interessante an der Pädagogik. Dass wir immer Mündigkeit schon voraussetzen müssen, um Mündigkeit zu entwickeln. Aber in meiner Erfahrung funktioniert das eben eher in der Aktion miteinander, als dass ich jetzt sage: „Ihr müsst erst mal lernen miteinander zu sprechen.“ Oder: „Ihr müsst erst mal lernen, Konflikte zu lösen.“ Sondern das passiert gleichzeitig. #00:19:01#*

Benedikt Sturzenhecker: *Und häufig wird eben nicht von Kindern und Jugendlichen angenommen, dass sie hochvernünftige, also argumentierende und auf Gegenseitigkeit bezogene Verhandlungspartner:innen sind. Das können sie aber. Das stelle ich immer wieder bei Politik fest, dass jemand sagt: „Wir haben uns so toll verständigt, das ist ja super, wie man mit denen reden kann.“ Wie die erstaunt sind, dass Dreijährige, Vierjährige aus der Kita Projekte vorstellen, Pläne erläutern und das alles vermitteln können. Viele Fiesigkeiten die man sich in der Kommunalpolitik untereinander zumutet, die kennen die gar nicht und verwenden die gar nicht. Die sind hochkonstruktiv und kooperativ. #00:19:44#*

Nittaya Fuchs: Uns hat tatsächlich die Begeisterung in den Stimmen noch mal ziemlich mitgerissen. Dass wir eben sehen, dass die Erwachsenen, die in Berührung mit Kindern und Jugendlichen in Beteiligungsprozessen, total erstaunt waren, im besten Sinne, wie kompetent die Kinder und Jugendlichen handeln. Und wir hören natürlich auch raus, dass es dabei fast einen Appell gibt. Dass wir die Kinder und Jugendlichen ernster nehmen sollten, in ihren Kompetenzen schätzen sollten. Und dass wir sie tatsächlich sehr häufig unterschätzen. Wir hören auch raus aus den zwei Aussagen der Expert:innen, dass Mündigkeit nicht zwangsläufig eine Voraussetzung sein muss, sondern dass Beteiligung auch ein Lernprozess sein kann. Und durch Beteiligung auch bestimmte Kompetenzen erworben werden, erste Erfahrungen gesammelt werden, mit denen man auch wächst. Uns würde dazu einfach noch mal Ihre Sicht interessieren, was Sie glauben, ob es trotzdem auch berechnete Voraussetzungen für die Ausübung des Beteiligungsrechts geben kann oder auch sollte. Und was auf der anderen Seite aber auch

Erwachsene loslassen sollten, oder wo wir in unseren Köpfen noch mal den Schalter umlegen müsste, um Beteiligung für alle zu ermöglichen. #00:20:58#

Ekin Deligöz: Zunächst einmal müssen wir festhalten, dass Kinder und Jugendliche durchaus Expert:innen sind, nämlich für ihr Leben und für ihre Lebenslage. Sie sehen Dinge, die wir nicht per se sehen. Ich gebe Ihnen mal ein Beispiel. Es gab ein Projekt mit Kindergartenkindern auf einem Spielplatz. Dort wurden die Kinder gefragt, ganz banal: „Was gefällt euch besonders gut, was gefällt euch überhaupt nicht gut?“ Und alle dachten, die kämen dann mit anderen Spielplätzen, vielleicht größerer Rutsche, toller Schaukel oder so. Die Kinder setzten sich zusammen, bastelten am Ende kleine Fähnchen. Und in dem Sandkasten und drum herum steckten sie überall Fähnchen drauf, wo Hundekot ist. Plötzlich wurde Hundekot sichtbar und warum dieser Spielplatz eigentlich für die Kinder gar nicht so attraktiv war. Weil nämlich an jeder Ecke Hundekot rumlag. Wer will schon darin spielen, wer will sich dahin setzen, wer fühlt sich da wohl? Ganz banal. Das hatten die Erwachsenen einfach vorher nicht gesehen. Warum diese Kinder diesen Spielplatz nicht mochten, das lag nicht an den Spielgeräten, das lag nicht an deren Kreativität, sondern weil sie einfach keine Lust hatten, in so viel Dreck zu spielen. Sie sind Expert:innen ihres sozialen Raumes. Ich kann natürlich sagen: „Du bist jetzt ein kleiner Erwachsener, du musst dich genauso ausdrücken wie ich, mit all diesem Wissen. Wir reden jetzt mit dir mal über Bauleitplanung.“ Das wird schiefgehen. Das läuft übrigens auch dann schief, wenn ich manche Erwachsenen an einen Tisch setze. Ich kann aber auch das kindgerechter machen, in ihrer Sprache, in ihrer Lebensweise, in ihrem sozialen Raum. Kleinere Fragen, konkretere Fragen stellen. Am besten begleiten. Das ist unabdingbar. Dass ich Kinder und Jugendliche, die sich auf den Weg machen, sich selbst an Entscheidungsprozessen zu beteiligen, nicht alleine lasse, sondern auch professionell begleite in dem, was sie tun. Auch Kinder- und Jugendräte zum Beispiel. Professionelle Begleitung ist ein Teil des Ganzen. Die richtigen Fragen zu stellen, ist der andere Teil. Ich kann durchaus bei einer Verkehrsplanung Kinder und Jugendliche mit einbeziehen: „Was ist dein Weg? Wo ist dein Spielplatz? Wo fühlst du dich sicher und nicht sicher?“ Auch eine sehr spannende Frage. Manche denken, im Winter um 16 Uhr vom Sportverein nach Hause laufen, da ist es eine Frage der Sicherheit, ob das Licht hell genug ist oder dunkel. Ist es manchmal gar nicht. Manchmal sind es die Büsche, die aussehen, wie gespenstische Schatten, warum Kinder diesen einen Fahrradweg nicht nehmen wollen. Weil sie einfach Angst

haben oder weil sich hinter den Büschen andere verstecken könnten. Das sieht man nicht auf Anhieb, aber wenn man mit ihnen redet, erkennt man das. Und das wiederum macht es für ein Kind erst möglich, teilzuhaben oder außenvor zu bleiben. Mit dabei zu sein oder gar keine Teilhabe zu haben. Und deshalb ist dieses kindgerechte Beteiligen eine Formel. Und dazu gehört auch das aktive Zuhören von Seiten der Erwachsenen. Aber auch mal das Scheitern. Es kann auch sein, dass Kinder, Jugendliche etwas fordern und es funktioniert einfach nicht. Dann haben sie sich dafür eingesetzt und es ging nicht auf. Aber das ist nicht per se schlimm. Schlimm ist es, wenn sie gar keine Chance dazu bekommen. #00:24:17#

Julia Nast: Dazu hören wir jetzt noch mal in die letzte Podcastfolge rein, mit Valerie und Professor Doktor Jörg Maywald. #00:24:23#

Valerie: *Hallo. Mein Name ist Valerie. Und ich setze mich für eine Absenkung des Wahlalters ein, weil ich meine, dass in einer Demokratie die Stimme jedes Bürgers gelten sollte. Die Interessen von Kindern sind andere als von Erwachsenen. Die Festlegung auf 18 Jahre sehe ich als willkürlich. Meine Forderung an die Politik ist, dass jede Stimme, unabhängig vom Alter, zählt.* #00:24:58#

Jörg Maywald: *Das Recht, Vertreterin und Vertreter des Volkes für die politischen Vertretungen, zum Beispiel den deutschen Bundestag, oder auch auf den anderen Ebenen, Ländern und Kommunen, zu wählen, ist ein ganz zentrales Menschenrecht, was ja nicht an eine Altersgrenze geknüpft ist. Eigentlich müssten wir umgekehrt fragen: Was berechtigt uns eigentlich, jungen Menschen, die noch nicht 18 Jahre alt sind, dieses Recht vorzuenthalten?* #00:25:23#

Julia Nast: Wir wissen ja jetzt, dass Sie als Ampelkoalition auch vorhaben, das Wahlalter auf 16 Jahre zu senken. In der Debatte gibt es ja durchaus Stimmen, die das kritisch sehen oder nicht mitgehen wollen. Die brauchend da im Bundestag und auf Bundesratsebene auch Mehrheiten. Vielleicht wollen Sie uns erzählen, was Sie den Skeptikerinnen und Skeptikern sagen. Und vielleicht aber auch, warum gerade 16? #00:25:51#

Ekin Deligöz: *Erstmal: Demokratie ist mehr als Wahlrecht. Demokratie ist das Recht auf Beteiligung. Ich habe vorhin einen Begriff nicht fallen lassen, es gibt ja eine gemeinsame Initiative von Unicef und Kinderhilfswerk, die kinderfreundliche Kommune, wo die Kommunen dahingehend beraten werden, wie sie kinder- und*

jugendfreundlicher werden können. Diese Beispiele, die ich aufgezählt habe, sind auch alle Expertisen aus dieser kinderfreundlichen Kommune. Ich bin besonders stolz darauf, weil ich eine der Gründungsmitglieder bin. Und das ist eine Form der demokratischen Beteiligung. Jetzt sagen wir aber Kindern und Jugendlichen sukzessive: „Ihr habt Rechte. Mit 14 dürft ihr euch dafür entscheiden, welchem Gott ihr euch zuwenden wollt, welche Religion ihr habt, wie das Wertegerüst eures Lebens geschaffen werden kann. Das ist eure Entscheidung und wir trauen euch das zu.“ Das ist eine ziemlich weitgehende Entscheidung, auch ethisch gesehen. Mit 16 sagen wir Kindern und Jugendlichen: „Du darfst dich für einen Beruf entscheiden, und zwar ganz selbstständig. Du machst eine Ausbildung. Das trägt dich womöglich für den Rest deines Lebens.“ Auch eine ziemlich weitgehende Entscheidung. Wir sagen ab einem gewissen Alter: „Du darfst einen Führerschein machen.“ Mit 16 noch nicht fürs Auto, erst mit 17 dann so sukzessive. Aber vielleicht auch schon früher mit Moped: „Du darfst in den Verkehr als Teilnehmer mit deinem Fahrrad oder deinem Moped. Du bist übrigens auch schon straffähig. Es kann durchaus sein, dass du dann auch schon mal vorm Jugendstrafgericht Verantwortung für dein Handeln übernehmen musst. So ganz frei bist du nicht mehr in deinen Entscheidungen.“ Das heißt, wir trauen Kindern und Jugendlichen durchaus zu, erstens Entscheidungen zu treffen und zweitens die Konsequenzen ihres Handelns auszuhalten. Wenn sie etwas machen, was nicht unserem Recht und Gesetz entspricht. Wir trauen ihnen aber noch nicht zu, selbstständig für vier Jahre darüber zu entscheiden, wer sie als Mandatsträger:In vertreten soll. Im Kommunalparlament, wo es ja genau um diese Straßen geht, die sie benutzen. Im Landesparlament, wo es genau um die Schule geht, die sie selbst besuchen. Oder im Bundestag, wo es genau um die Familienleistung geht, die ihre Eltern für sie erhalten, also sie unmittelbar treffen. Warum eigentlich nicht? Deshalb Wahlalter 16. Es gibt auch Überlegungen, ob man Wahlalter null oder Wahlalter 14 nimmt. Ich finde schon, dass wir One-Man-One-Vote, also diese Mündigkeit des eigenen Rechts nicht untergraben dürfen. Ich bin gegen jegliche Form von Stellvertreterwahlrecht. Diese Debatte hatten wir übrigens bei Frauenwahlrecht, Gott sei Dank haben wir das überwunden. Ich will das bei Kindern und Jugendlichen nicht einführen. Man könnte auch über 14 reden, da wäre ich ehrlich gesagt relativ kompromissbereit. 16 scheint ein gutes Alter zu sein, weil es für alles andere ein festgelegtes Alter ist für den Einstieg in die Verantwortungsübernahme weitgehender Natur. Und Wahlalter 16 hätte den Vorteil, dass wir ein Signal in einer älter werdenden Gesellschaft an unsere Kinder und

Jugendliche senden: „Ihr seid ein Teil des Prozesses der Gesellschaft, der Verantwortung, aber auch der Pflichten, die mit Bürgerrechten einherkommen.“ In einer Zeit, wo wir jeden Tag von neuem Demokratie verteidigen müssen, ist das ein guter Gedanke, dass Demokratie wachsen kann, gedeihen kann, stärker werden kann. Stärker werden kann Demokratie nur dann, wenn ich Menschen auch ihre Rechte zugestehe und sie nicht einschränke. #00:29:33#

Nittaya Fuchs: Die Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen sind ja tatsächlich auch schon an sehr vielen Stellen verankert, Stichwort UN-Kinderrechtskonventionen, EU-Kindergarantie. Auch in den Städte- und Gemeindeordnungen oder den Landkreisordnungen sind mehr Beteiligungsrechte für Kinder und Jugendliche verankert. Im Rahmen der SGB8-Reform ist auch Beteiligung noch mal gestärkt worden. Neben dem Absenken des Wahlalters plant ja die Ampelkoalition auch die Verankerung von Kinderrechten im Grundgesetz. Vielleicht können Sie noch einmal sagen, warum es zusätzliche rechtliche Maßnahmen braucht? Also diese zusätzlichen Schritte, die Sie gehen. Und wo stehen wir eigentlich auch in der Umsetzung dieser Rechte? #00:30:19#

Ekin Deligöz: Kinderrechte in der Verfassung gehen ja zurück auf die UN-Kinderrechtskonvention, die uns vor 30 Jahren den Auftrag gegeben hat: Ihr müsst die Belange der Kinder mitberücksichtigen. Im Moment, Artikel 6, reden wir darüber, dass die Eltern für das Kind verantwortlich sind. Sind sie dazu nicht mehr in der Lage oder scheitern sie, kommt der Staat. Jetzt kann man natürlich sagen: Kinder sind Menschen, Menschenrechte sind drin, das muss doch reichen. Gleichzeitig haben wir auch Gleichstellung in der Verfassung verankert. Frauen sind auch Menschen und Menschenrechte sind drin. Trotzdem wollen wir Gleichstellung in dieser Gesellschaft. Wir haben auch Religionsfreiheit verankert, Meinungsfreiheit verankert. Nicht nur zu sagen: „Kinder sind Objekte der Erziehung und der Eltern, beim Scheitern der Eltern kommt der Staat“, sondern sie sind auch Rechtsobjekte, also eigene Träger von Rechten. Das in die Verfassung reinzuschreiben, das passt gut in eine moderne Staats-, Organisations- und Verfassungsform. Die Verfassung ist ja das Buch, wo wie die Werte und unsere Einstellungen gegenüber unseren gesellschaftlichen Haltungen festschreiben. Deshalb ist ein Staatsziel zum Beispiel auch Tierschutz, Tierwohl. Wir wollen aber nicht nur in den Staatszielbereich, sondern in den Kernbereich der Verfassung mit den Kinderrechten, um unsere Werteordnung dort festzuschreiben. Und damit natürlich auch die

Grundlage des exekutiven Handelns. Angefangen von Stadtplanung über jegliche Form des Handelns, zum Beispiel auch im Sozialrecht. Kinder sind keine kleinen Erwachsenen. Dazu gibt es inzwischen schon ein paar Verfassungsgerichtentscheidungen. Wie zum Beispiel: Wie berechne ich ALG2-Sätze für Kinder? Früher wurden die Kindersätze einfach prozentual abgeleitet von den Erwachsenen. Bei den Erwachsenen kamen solche Sachen mit rein wie Zigaretten, Alkohol, Kommunikation oder Autofahren. Kinder dürfen weder Autofahren, noch dürfen sie rauchen oder trinken. Aber trotzdem haben sie anteilig das mitreingerechnet bekommen, völlig unsinnig. Sachen, die Kinder aber wiederum brauchen, Spielsachen, Stifte, Hefte, Vereinsarbeit, einfach mal Sport machen, dafür brauchen sie Turnschuhe, wenn es regnet, brauchen sie Gummistiefel. Und ständig neue, weil die Kinder auch noch wachsen. Das war alles nicht Teilbestand der Berechnung des ALG2-Satzes. Kinder sind keine kleinen Erwachsenen. Deshalb haben sie auch eigene Ansprüche, dass zum Beispiel so etwas berechnet wird. Das muss man aber in Deutschland erst mühsam durchsetzen. Zum Teil kriegen die das noch nicht mal durchgesetzt. Das wäre anders, wenn wir eine Grundlage hätten zu sagen: „Es gibt nicht nur abgeleitete Rechte, sondern tatsächliche, aktive, subjektive Rechte von Kindern.“ Die wir niederschreiben. Die uns dazu verpflichten, bei allem, was wir tun, auch ihre Belange mitzubedenken. Das wäre das Ziel von Kinderrechten in der Verfassung. Ich glaube übrigens, dass man damit nicht alle Probleme in der Gesellschaft löst, was manche glauben. Nein, das tut man nicht. Sondern es ist erst mal ein Bekenntnis an die Gesellschaft, etwas zu berücksichtigen. Zu der aktiven Durchsetzung: Das ist schon ein bisschen schwieriger. Dafür brauchen wir eine zwei Drittel Mehrheit, Bundestag Bundesrat. Die ist im Moment nicht da. Die ist übrigens auch für Wahlalter 16 nicht da. Die ist für Kinderrechte in der Verfassung in der Zeit überhaupt nicht da, weil diese emanzipativen Gedanken an die Kinderrechte in unserer Gesellschaft noch nicht genug verankert dafür sind. Das heißt nicht, dass man nicht dafür einstehen kann. Und ganz dicke Bretter weiterhin bohren muss. Und ganz im Sinne von Max Weber mache ich das heute hier auch. Sondern das heißt, wir brauchen die gesellschaftliche Debatte, wir brauchen die Überzeugungsarbeit, um das zu kriegen. Wo wir das hinkriegen können, und das ist auch das Ziel der Bundesregierung, ist zumindest mal Wahlalter 16 für die nächsten Europawahlen hinzubekommen. Ich bin da ganz zuversichtlich, dass uns das bis zur nächsten Wahl gelingt. #00:34:14#

Julia Nast: Wir haben jetzt viel darüber gesprochen, was Beteiligung an Normen bedeutet, was das auch für eine gesellschaftliche Debatte bedeutet. Und was das auch als ein Zielbild bedeutet. Wir würden gerne mit Ihnen noch mal in die kommunale Umsetzungspraxis gehen, mit allem, was da an Herausforderungen anderer Natur liegt, ein bisschen reinschauen. Unser Eindruck ist, dass erstens mal die kommunale Ebene unheimlich wichtig ist. Viele von den Beispielen sind ja auch genau auf der Ebene. Spielplätze, Schulwege, demokratische Beteiligung in Schulen, in Kitas. Ganz viel passiert auch vor Ort. Und unser Eindruck ist, dass wir in den Kommunen beobachten, dass es gar nicht um die Frage geht, wie gute Beteiligungsinstrumente gemacht werden. Das ist eine Frage. Wie wir das begleiten, wie wir Kindern auch ermöglichen können, sich zu beteiligen. Daneben steht die Frage: Was machen wir mit den Ergebnissen dieser Beteiligung? Uns beschäftigt in der Initiative Kommune 360 Grad dann immer ganz stark, wie wir das hinkriegen, dass Verwaltungshandeln und auch die kommunale Politik sich so verändern, dass das, was an Feedback und Beteiligung reinkommt, auch umgesetzt werden kann. Auch wenn ich weiß, dass der Schulweg anders sein müsste, müsste es ja jemanden geben, der die Planung entsprechend verändert. Und uns würde interessieren, wie Sie das einschätzen. Welcher Veränderungsdruck ist da im kommunalen Handeln vor Ort? Und was kann der Bund tun, um an der Stelle zu unterstützen? #00:35:39#

Ekin Deligöz: Zunächst einmal muss man festhalten, dass sehr viele Kommunen auch schon sehr viel machen. Es gibt Jugendbüros, Kinderbüros, Jugendforen, Jugendverbände, Jugendvereinsarbeit, Jugendhäuser, die Jugendhilfe in ihren verschiedenen Facetten, wie Stadtranderholung jetzt im Sommer übrigens sehr weit verbreitet in Deutschland. Bis hin zu Familienstätten, Bildungsstätten. Es gibt also schon sehr viel. Es geht aber nicht nur darum Angebote anzubieten, sondern auch mit den Ergebnissen zu arbeiten. Ich nehme jetzt mal diese Verkehrssicherheitsgeschichte. Jede Kommune ist angehalten, einen Schulwegesicherungsplan aufzustellen. In der Regel macht das das Bauamt, womöglich gemeinsam mit der Polizei vor Ort, oder aber auch ohne. Wenn ich mit einer Kindergartengruppe einen Weg ablaufe und sage: „Jetzt zeigt ihr mir mal, woher ihr kommt und wie ihr lauft“, dann stelle ich plötzlich ganz andere Pfade fest. Das kann ich aber nur dann machen, wenn ich die Kinder selbst frage. Und wenn ich dann sowieso diesen Schulwegesicherungsplan aufstelle, und ich nehme dann ihren Pfad und mache den sicherer, dann bin ich auch noch zielgenauer. Dann erwische ich genau den Weg, den ich

erwischen muss. Und nicht den, den ich glaube. Das Gleiche übrigens in jeder Schule. Es gibt in Thüringen das Modell „Unser Pausenhof soll grüner werden“. Das dortige Umweltministerium gibt Finanzmittel für Schulen, die die Kinder und Jugendlichen beteiligen bei der Pausenhofgestaltung und sagen: „Wie wünscht ihr euch euren Pausenhof?“ Dann machen die Kinder tolle Modelle, zum Teil sehr kreativ. Dann bin ich schon mittendrin im Kunstunterricht. Dann mache ich ein Best-Off und sage: „So, jetzt müsst ihr euch einigen. Alles kann man nicht auf einmal machen. Was ist euch wichtig?“ Dann habe ich schon einen demokratischen Prozess. Demokratie muss erlernt werden, das fällt nicht vom Himmel herab. Sondern ich muss Kompromisse schmieden, muss miteinander reden. Und am Ende kommt dann etwas raus, womit ich einen Pausenhof erneuere, womöglich grüner mache. Und die Kinder sich damit identifizieren und dadurch auch nicht so viel kaputtmachen. Weil es ihr Hof ist, ihr Zuhause ist. Klingt alles kompliziert, aber ist es gar nicht. Oftmals sind es Sachen, die sowieso gemacht werden. Manchmal sind es sogar Einsparmodelle. Ich habe da nicht so einen großen Grünordnungsplaner reingeholt, sondern einfach die Kinder selbst. Und dann vielleicht geguckt, was mit einem örtlichen Gärtnereibetrieb geht und was nicht geht. Vielleicht habe ich an der Ecke ein Beet, wo dann Tomaten oder Kartoffeln wachsen. Und dann haben die Kinder dann auch noch ihren Platz dazu. Manchmal sind es einfache Instrumente. Also gar nicht so kompliziert denken, einfach denken. Aber das Wichtige ist: Ein Beteiligungsprozess muss auch ein Ergebnis erbringen. Und auch Erfolge vorzeigen können. Es gibt nicht Frustrierendes, als wenn ich mich wahnsinnig engagiere, aber komplett alleine gelassen werde. Und habe nie ein Ergebnis. Das ist frustrierend für uns alle, und für Kinder und Jugendliche erst recht. #00:38:43#

Julia Nast: Vielleicht hören wir an der Stelle noch mal in unseren Podcast rein, in der Carsten Röder, Leiter des Kinder- und Jugendbüros der Stadt Itzehoe beschreibt, was es eigentlich in Verwaltung an Veränderungen braucht, auch in der Haltung. Damit das, was Sie gerade beschrieben haben, Realität wird. #00:38:56#

Carsten Röder: *Kinder und Jugendliche werden von vielen Menschen eben als das gesehen, was sie reinrechtlich immer noch sind, als Unmündige, im Sinne von „die können das ja noch nicht“. Wir haben in dieser Gesellschaft, und da ist unser Bildungssystem, insbesondere unser Schulsystem nicht ganz unschuldig dran, immer noch eine Objektivrichtung auch für Kinder. Das sind also Objekte unserer zum Beispiel pädagogischen oder politischen*

Begierden. Und nicht Subjekte des Handelns. Das zweite Problem ist aber ein ganz anderes, in Verwaltung. In Verwaltung finden nicht nur Kinder und Jugendliche, sondern der Bürger und die Bürgerin als Kooperationspartner eigentlich nicht statt. Wir sind alle ausgebildet worden im Sinne der neuen Verwaltung: Der Bürger ist Kunde und wir sind Dienstleister. Das heißt, wie verkaufen was. Wenn ich jetzt aber Beteiligung will, dann ist das keine Dienstleistung, sondern das ist ein Kooperationsverhältnis. Dann kann ich ohne den Bürger, die Bürgerin nicht und die können ohne mich nicht. Und wir müssen das gemeinsam besprechen. Das ist etwas, was Verwaltung nach und nach lernt. Zunehmend haben Verwaltungen Bürgerbeteiligungsbeauftragte, manchmal auch Kinder- und Jugendbeteiligungsbeauftragte. Aber dass man das hinkriegt, dass Kinder und Jugendliche und Bürger und Bürgerinnen auch als Kooperationspartner gesehen werden, und dass die sich auch selber so sehen, da wird noch einige Zeit vergehen. Denken Sie einfach dran, seit 1909 haben wir das Wahlrecht für Frauen. Und wir reden immer noch nicht davon, dass es eine Gleichberechtigung gibt. #00:40:24#

Julia Nast: Da vielleicht noch mal die Frage, was wir in dem Fall tun könnten, damit es ein bisschen schneller geht. Damit Verwaltung diese kooperative Haltung und die Partnerschaft mit Kindern und Jugendlichen noch mal anders umsetzen kann? #00:40:41#

Ekin Deligöz: Langfristig muss sich die Kultur ändern. Mit den neuen Steuerungsmodellen in den 90er-Jahren und der daraus entsprungenen Idee der Bürger:innenämter sind wir ja schon in die Richtung gegangen zu sagen: „Wie können wir die Exekutive umändern, bürgernah machen, dienstleistungsorientierter machen?“ Viele haben übrigens aus dieser Phase, zumindest die Kommunalos, immer die Debatte um Haushaltsplanung, Doppik oder Kameralistik im Kopf. Aber darum geht es gar nicht. Sondern tatsächlich ging es darum, was der Auftrag einer Kommune ist, wie man das besser hinkriegt. Das ist langfristig Kulturveränderung. Die Haltungsveränderung. Mittelfristig kann ich das machen durch Instrumente, über die wir geredet haben. Wie zum Beispiel Jugendbeiräte, Jugendbeteiligungsforen. Wir hier im Ministerium führen jetzt auch Jugendcheck ein. Das heißt, wir gucken bei allen Gesetzen, die verabschiedet werden: Sind die Interessen von Kindern und Jugendlichen gewahrt? Und wenn Nein, wie können wir das hinkriegen? Wenn Ja, was läuft gut, was läuft schlecht, was kann besser gemacht werden? Kurzfristig heißt das aber an erster Stelle für alle die Kommunalpolitik machen eine Empathie und

Sensibilität dafür entwickeln, was die junge Generation von uns allen fordert. Und wie wir darauf Antworten geben können. Das kann ich beschleunigen durch eine Wahlaltersenkung. Das kann ich aber auch beschleunigen durch öffentliche Diskussionen, Debatten. Und natürlich, indem ich Kinder- und Jugendengagement fördere. Warum nicht mal eine Bürgerveranstaltung allein für Kinder und Jugendliche machen? Wir machen sie traditionell, alle Bürgermeister:innen machen das mehrfach im Jahr für alle Bürger:innen. In der Regel abends, 19 Uhr, 19:30 Uhr. Da kommt natürlich kein Kind und kein Jugendlicher, weil am nächsten Tag Schule ist. Warum kann ich nicht nachmittags eine Bürger:innensprechstunde oder eine Bürger:innenversammlung nur für Kinder und Jugendliche machen? Und sagen: „Kommt zu uns.“ Vielleicht ist das der Jugendverein, der jetzt ein neues Vereinshaus haben will. Kann passieren. Vielleicht sind es auch Kinder aus der Borsigstraße, wo ich großgeworden bin, die sagen: „Hey, wir haben grüne Spielplätze und wir dürfen den Rasen nicht betreten. Wo sollen wir denn spielen?“ Vielleicht sind das aber auch Musiker:innen, die sagen: „Wir hätten so unheimlich gerne einen Bandproberaum und haben keinen Raum dafür.“ Manchmal sind es also gar nicht die großen Dinge, sondern die kleinen Dinge und Raum für Gespräche, die Demokratie leben lassen. #00:43:19#

Nittaya Fuchs: Wie würden gerne zum Ende dieses Gesprächs noch einmal den Kontext etwas weiten und über die übergreifende Bedeutung von Beteiligung für Staat und Gesellschaft sprechen. Wir befinden uns in einer Zeit, in der wir uns sehr viel mit Krisen beschäftigen, über viele komplexe gesellschaftliche Herausforderungen sprechen. Um mal einige zu nennen: Wir sprechen über die Bewältigung der Coronapandemie natürlich. Über Migration aus Kriegsgebieten, viele Familien und Kinder, die gerade nach Deutschland kommen. Wir sprechen über gesellschaftliche Polarisierung, Diskriminierung, rassistische Übergriffe. Wir sprechen über die Folgen des Klimawandels, veränderte Familienmodelle, demografischen Wandel. Und so weiter. Vor dem Hintergrund fragen wir uns als Initiative: Wie muss das künftige Zusammenspiel von Staat und allen anderen gesellschaftlichen Akteuren aussehen, damit wir diese komplexen Herausforderungen und Krisen gut bewältigen können? Wir glauben, dass Kooperation ein wesentliches Element davon sein muss. Und Kooperation tatsächlich inklusive Beteiligung. Denn Kooperation, haben wir eben von Karsten Röder gehört, kann man so interpretieren, dass eben auch die Adressat:innen, die Bürger:innen selbst zu Kooperationspartner:innen werden. Wir haben uns deshalb

riesig gefreut, als im Koalitionsvertrag das Stichwort Modernisierung des Staates ganz vorne schon aufgetaucht ist, mit vielen Stichworten wie frühzeitige Beteiligung, Stärkung von Ressorts und behördenübergreifenden Arbeiten, Stärkung von intersektoralen Kooperationen, Innovationen, Agilität, Lernen, Vielfalt. Wir fragen uns: Was glauben Sie, welches Maß an Veränderung braucht eigentlich staatliches Handeln? Was brauchen wir, um ein zukunftsfähiger Staat zu werden? Und welche Rolle kann dabei Kooperation und Beteiligung spielen? #00:45:04#

Ekin Deligöz: Wow. Die Frage an sich ist ja schon sehr komplex. Ich glaube, es gibt da keine schnellen oder kurzen Antworten. Sondern es ist eine Zusammensetzung aus vielen Modulen, die da zusammenkommen muss. Und auch hinter all diesen Zielvorhaben, die Sie gerade vorgelesen haben, steckt ja ein gesamter Prozess. Diese Prozesse sind keine kurzen Prozesse. Zumal Sie ja oftmals auch an die Veränderung einer Arbeitskultur heranreichen. Und wie wir wissen, ist Kultur immer das, was am langwierigsten und kompliziertesten ist, was sich verändern muss. Gerade in Verwaltungsreformen ist es das, was die Verwaltungswissenschaftler immer hintenanstellen, weil sie wissen, dass sie es sowieso nicht erreichen werden. Es sei denn, sie haben alles andere schon mal erfüllt und dann wird sich der Rest von alleine ergeben, oder auch nicht. Aber im Rahmen dessen. Ich würde erst mal einen Schritt zurückgehen. Ich denke, wir müssen unsere Demokratie verteidigen. In einer Zeit, wo wir Krisen leben, wo die Gesellschaft zusammenhalten muss, erleben wir Spaltung. In einer Zeit, wo wir gemeinsam für den inneren Frieden einstehen müssen, spalten wir uns. Und in dieser Phase ist es wichtig, für Demokratie einzustehen und zu kämpfen. Hier in diesem Haus des Bundesfamilienministeriums haben wir ja auch die gesamten Projekte im Bereich Kinder- und Jugendarbeit, die Demokratie stärken sollen. Die auch das Leben in einer vielfältigen Gesellschaft in allen Formen und Ausprägungen ermöglichen sollen. Die mit Empathie miteinander das Leben gestalten sollen. Ich denke da nicht nur an die Demokratie Leben-Projekte. Sondern ich denke auch an so ein Projekt wie die Kindergrundsicherung. Wo es darum geht, dass Familien nicht mehr in Armut leben, dass nicht jedes fünfte Kind in Armut aufwächst. Dass kein Kind auf einer meiner Veranstaltungen als Kinderrechtekoordinatorin aufsteht und sagt: „Weißt du, ich kann wahnsinnig gut tanzen, ich kann auch wahnsinnig gut singen, ich kann total gut rappen. Ich kann aber nie auf eine Bühne, weil ich dazu dieses eine T-Shirt bräuchte. Und das können sich meine Eltern nicht leisten. Deshalb kann ich leider nur zuschauen und nicht daran teilhaben.“ Eine

teilhabende Gesellschaft erfordert von uns empathisches Denken, Rahmenbedingungen, die richtig gesetzt werden müssen, in der Sozialpolitik, in der Gesellschaftspolitik, in der Innenpolitik, im Rechtssystem, wenn wir zum Beispiel über vielfältige Familienformen reden. In vielem mehr. Es erfordert aber vor allem, das Ganze zu leben. Und dafür brauche ich die Kommunen, dafür brauche ich die Städte, dafür brauche ich die Verwaltungen, die dahinterstehen und sagen: „Wie können wir Menschen zusammenbringen?“ Unterschätzen Sie nicht ein Stadtfest. Weil es Menschen zusammenbringt. Unterschätzen Sie nicht ein Sozialprojekt, weil es Menschen zusammenbringt. Es lässt uns Hürden überwinden, es lässt uns Türen öffnen. Damit lässt es uns auch ein Stückweit die Herzen öffnen. Da müssen wir hin, für alle, gemeinsam. Und das Wort „gemeinsam“ leben, erfordert Teilhabe. Und das wiederum erfordert von uns auch ein anderes Denken, auch in unseren exekutiven Strukturen. Ich gebe Ihnen auch dazu ein Beispiel. Wenn wir darüber reden, dass wir eine vielfältige Gesellschaft sind, dann heißt das aber auch, dass die Menschen, die diese Vielfalt repräsentieren, auch in unseren Behörden sein müssen. Mehr Migrant:innen, zum Beispiel im Bauamt, im Ordnungsamt oder bei der Polizei. Weil letztlich unsere exekutiven Behörden Aushängeschilder und die Visitenkarten einer Gesellschaft sind. Die müssen glänzen, das wäre schön. #00:48:43#

Julia Nast: Weil wir jetzt schon bei den dicken Brettern und großen Themen angekommen sind, würden wir gerne mit einem Wunsch schließen. Man braucht ja auch für die dicken Bretter immer Mut und Zuversicht. Darum am Ende die Frage: Wenn Sie sich eine Sache wünschen könnten, die wir als Gesellschaft rund ums Thema Kinder- und Jugendbeteiligung ausprobieren, anders machen, was wäre das? #00:49:06#

Ekin Deligöz: Ich wünsche mir mehr Kommunalvertreter:innen, gerade in der Politik, die regelmäßig Sprechstunden für Kinder und Jugendliche anbieten. Tatsächlich offene, zieloffene Sprechstunden. Die aber nicht daraus bestehen, dass sie sich in einem Raum hinter einem Schreibtisch verschanzen, sondern die tatsächlich dort hingehen, wo Kinder und Jugendliche sind. Sprich in die Schulen, in die Vereine, in die Kindergärten. Und dann sich hinsetzen und sagen: „So, jetzt ist es eure Stunde. Ich höre euch einfach nur zu.“ #00:49:36#

Julia Nast: Frau Deligöz, haben Sie ganz herzlichen Dank für das Gespräch. Wir sind leider am Ende angekommen. Bis bald. #00:49:40#

Ekin Deligöz: Bis bald. Hat Spaß gemacht. #00:49:42#

Nittaya Fuchs: Ganz herzlichen Dank. #00:49:43#

Annegret Richter: Das war die parlamentarische Staatssekretärin im Bundesfamilienministerium, Ekin Deligöz, im Gespräch mit Julia Nast und Nittaya Fuchs von Kommune 360 Grad. Danke für diesen sehr interessanten Austausch. Wenn Sie übrigens ergänzende Informationen und weiterführende Linksammlungen oder Transkripte zu den einzelnen Folgen haben möchten, dann hören Sie den Kommunenpodcast am besten direkt auf unserer Webseite Kommune360.de, unter dem Menüpunkt Podcast. Dort finden Sie alle Zusatzinformationen. Und dort können Sie natürlich auch alle bisherigen Folgen hören. Aber auch die zukünftigen. Denn voraussichtlich im September wird die zweite Staffel des Kommunenpodcasts starten. Dann werden wir mit einem etwas weiteren Blickwinkel Themen und Fragen rund um das Thema kommunales, kooperatives Regieren für gelingendes Aufwachsen betrachten. In der nächsten Staffel des Kommunenpodcasts geht es also nicht nur um die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. Thema wird die Kooperation, Beteiligung und Zusammenarbeit zwischen verschiedensten kommunalen Akteuren, innerhalb und außerhalb der Verwaltung sein. Akteuren, die ein gelingendes Aufwachsen und bessere Teilhabechancen von Kindern mitverantworten und mitgestalten. Dabei werden wir anhand von aktuellen Herausforderungen und Praxisbeispielen wichtige Schnittstellen und ihre jeweils spezifischen Herausforderungen genauer in den Blick nehmen. Etwa zwischen Jugendamt und freien Trägern, zwischen verschiedenen Ämtern oder zwischen Politik und Verwaltung. Dazu diskutieren wir Ansätze und Instrumente, die einen Beitrag für eine kooperativere und integriertere Planung und Koordination in Kommunen leisten können. Von Beteiligungsverfahren über agile Führung und Arbeitsweisen bis hin zu den Chancen und Risiken wirkungsorientierter Steuerung. Diese zweite Podcaststaffel richtet sich keinesfalls nur an kommunale Gestalter:innen für gelingendes Aufwachsen. Denn auch für kommunale Gestalter:innen aus anderen sozialpolitischen Gestaltungsfeldern ist die Frage, wie mehr kommunale Kooperation gelingen kann, genauso von Bedeutung. Wer die erste Folge unserer zweiten Staffel nicht verpassen will, abonniert am besten jetzt gleich den Kommunenpodcast. Das können Sie überall tun, wo es gute Podcasts gibt. Ob bei Apple Podcast, Spotify oder Google Podcast. Oder Sie abonnieren auf unserer Webseite, Kommune360.de, den Newsletter der Initiative. Dann werden Sie frühzeitig über den Staffelstart

informiert. Der Kommunenpodcast ist übrigens ein Podcast von Kommune 360 Grad, eine Initiative der gemeinnützigen PHINEO AG, der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung und der Auridis Stiftung. Ich würde mich ganz besonders freuen, wenn Sie beim nächsten Mal wieder dabei wären. Tschüss und auf Wiedersehen sagt Annegret Richter. #00:53:03#

Der Kommunenpodcast. Zukunftsthemen für kommunale Gestalter:innen.
